

Bezugspreise

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark unerschlossen. Zustellungsgebühren, Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.

Zentrale-Beitragung

Deutschlandsmittigster Jahrgang.

Verlag v. J. G. Neumann, Neudammstr. 17, Leipzig. Preis 24 und 20 Pf. monatlich.

Nr. 53.

Halle, Sonnabend, den 1. Februar.

1919.

Bedrohliche Lage in Bremen.

Auf Messers Schneide!

Bremen, 31. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Bis zur Stunde sind von den Bremer Arbeitern die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbanden noch nicht zu einem Abschluss gekommen.

WTB, Berlin, 31. Januar. (Drahtnachricht.) Wismanns Telegraphisches Bureau meldet aus Berlin: Die Volksbeauftragten Brüner, Henle, Jannasch und Dreitzmann erklärten der Divisionseitung des Korps Gerstenberger, welche mitteilte, daß sie nur die gegebenen Befehle auszuführen habe und es darauf ankomme, Ordnung zu schaffen und zwar wenn möglich ohne Polizeigriffe.

20. Februar 1919 keine Befähigung erhalten hat, kehrt zu seiner jetzt zufälligen Dienststelle zurück. Jeder nicht aus Gesundheitsrückgründen beurlaubte und jeder aus besonderen Umständen vorübergehend dienstfreie Offizier hat seine Kriegserfahrung in einem gründlichen Besichte niederzulegen und diesen unter deutlicher Namens- und kurzer Inhaltsangabe dem Generalstabe des Feldheeres - kriegsgeschichtliche Abteilung - einzuwenden.

Da die örtlichen Verhältnisse sehr verschiedenartig sind, ist die Art und Weise, wie dieser Forderung entsprochen wird, den Kommandeuren der Truppenteile zu überlassen. Neben der Weiterbildung der Offiziere und Unteroffiziere im militärischen Dienste ist auch die Ausbildung der Kapitulanten in außerdienstlichen Fächern zu berücksichtigen.

Der Nahrungsmittelmangel in Köln.

Köln, 31. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Köln wird gemeldet: Die Stadtverwaltung legt in der Stadtverordnetenversammlung, die heute abend über die Nahrungsmittelversorgung der Kriegsjahre berät, Köln sei in kürzester Zeit von einer katastrophalen Hungersnot bedroht, wenn die Güter nicht mit Nahrungsmitteln und zur Beförderung der Milch- und Fleischverteilung mit Kraftfahrzeugen ausgerüstet werden.

Deutsch-Oesterreich zu Deutschland.

Wien, 31. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) In seiner gestrigen Kabinettsitzung hat der Staatsrat für Deutsch-Oesterreich den Gesandten an die österreichische Nationalversammlung, den Deutsch-Oesterreich als Glied des deutschen Reiches erklärt, einstimmig angenommen.

Die Lage in Posen.

Bromberg, 31. Januar. Im weiteren Verlaufe der Gefechte wurden Gromaden, Kemalen, Friesberg und Gröbendorf von unserer Truppen genommen. Mehrere Wägenzüge, zwei Langzüge, eine große Menge Munition und sonstiges Kriegsgut wurden eingefracht.

Saaß, 31. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus Petersburg gemeldet wird, hat Joffe in der Branda erklärt, daß die deutschen Kommunisten nur auf das Abschließen der deutschen Grenze durch die Sowjetunion warten, um dann die unterbrochene Sperrkollisionslinie fortzusetzen.

Freigelegene Mörder.

Berlin, 31. Januar. (Brisollettelegramm.) Aus Posen wird gemeldet, daß die polnischen Soldaten, die an der Ermordung des Rittergutsbesitzers von Ha-Rabitz und seiner sechs Lebensgenossen auf dem dortigen Kermesse beteiligt waren, dem polnischen Kriegsgericht freigesprochen worden sind.

Die französischen Truppen in Straßburg.

WTB, Bern, 31. Januar. (Drahtnachricht.) Nach der Nationaltagung werden die französischen Truppen in Straßburg durch zwei altpolnische Formationen mit altpolnischen Offizieren ersetzt.

Für und wider die Heeres- und Flottenverlagen.

Washington, 30. Jan. (Reuter.) Admiral Wape drang im Ausschusse für Marine-Angelegenheiten des Repräsentantenhauses am Vorabend der Abstimmung über die Regierungsbudgetvorlage auf sofortige Vergrößerung der Flotte, indem er erklärte, daß niemals eine Zeit bestanden habe, wo es nötiger war, gründlicher vorbereitet zu sein.

Washington, 30. Januar. (Reuter.) Das Repräsentantenhaus hat einstimmig die Vorlage, die die für vier Jahre bestimmten Rechte in Höhe von mehr als 15 Milliarden Dollar wiederzuf. angenommen.

Richtlinien für Gemeindevahlen

Deutsche demokratische Partei.

1. Allgemeine Forderungen. Die Deutsche demokratische Partei fordert für die Gemeinden durch die preussische Landesversammlung die Einführung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts nach dem Verhältnisssystem für Männer und Frauen. Die demokratischen Gemeindevorteiler haben die Pflicht, in der Gemeindepolitik die allgemeinen politischen Grundzüge der Deutschen demokratischen Partei zu verfolgen.

2. Bildungsweisen. Die Hebung der Volksbildung ist das vornehmste Ziel demokratischer Gemeindepolitik. Jede Gemeinde muß nach ihren Kräften ihr Schulwesen ausbauen und vervollkommen. Unbedingt ist dafür zu sorgen, daß die Klassen nicht überfüllt sind und der Aufzucht besagter Kinder verbürgt wird.

3. Armen- und Wohlfahrtspflege. Bei der Armenpflege sind die besonderen Bedürfnisse des einzelnen zu berücksichtigen. Der Verarmung muß durch eine weitestgehende Wohlfahrtspflege, die sich namentlich auch auf die geistliche Fürsorge für Säuglinge, Wöchnerinnen und Kranke zu erstrecken hat und auf die minder glücklichen Kreise des Mittelstandes ausdehnen ist, größtmäßig vorgebeugt werden. Die Ernährung von Waisen und öffentlichen und privater Fürsorge ist zu gewährleisten.

4. Boden-, Wohnungs- und Verkehrspolitik. Die Bodenpolitik muß die bauliche Erschließung der Gemeinde nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und unter Beobachtung geändertes und ästhetischer Gesichtspunkte zum Ziele haben. Der Gemeindegroßbesitz ist zu erhalten und zu vermehren.

5. Angestellte und Arbeiter. Die Gewährung einer stufenmäßiger Gehälter und Löhne an die Angestellten (Beamte, Lehrer, Postboten, Feuertagsangestellte) und Arbeiter der Gemeinde ist strengstens anzustreben und im Interesse der Empfänger, sondern auch in dem der Gemeinde.

6. Wirtschaftspolitik. Internationales, die einem dauernden Wohlstande der Gemeinde dienen und durch ihren monopolartigen Charakter die Volkswirtschaft eines anderen Vorkommens.

Belagerungszustand über Wilhelmshaven aufgehoben.

Wilhelmshaven, 31. Januar. Der Präsident der Freistaaten Oldenburg, Mecklenburg, und der Chef des Sicherheitsrats, Dan, sind vor vier Wochen beurlaubt. In der Bevölkerung wird angenommen, daß dies eine Folge der letzten Unruhen ist und beide auf ihre Stellen nicht zurückvertrudelt werden. Wilhelmshaven ist ruhig und die Entlassung der Arbeiter ist in Aussicht genommen. Der gestern verkündete Belagerungszustand ist aufgehoben.

Erlaß betreffend Offiziersverwendung.

Berlin, 30. Januar. Ein vom Kriegsminister Heinhold und Unterstaatssekretär Göhre unterzeichnetem amtlicher Erlaß betreffend Offiziersverwendung lautet: Besondere Umstände legen an zahlreichen Stellen des Heeres die Tätigkeit der Offiziere lahm. Die schlechten Verkehrsverhältnisse verhindern bei den durch die Demobilisierung hervorgerufenen Verchiebungen vielfach ein schnelles Eintreffen am neuen Bestimmungsorte. Ganz besonders aber entstehen durch Vorkriegsergänzungen Warteeinheiten, die Offiziere zur Unruhe bringen.

Die Offiziere haben die aufzubringenden Kriegsergänzungen häufig Offiziere und Unteroffiziere längerer Zeit auf Urlaub geschickt, die abendende Stelle ist eingegangen und neue Befehle erreichen den Besatzungen nicht mehr.

Diese Verhältnisse bergen schwere Gefahren. Die Zeiten sind viel zu ernst, um lange Untätigkeit zu erlauben. Daher haben sämtliche am 7. Februar 1919 nicht zum Dienste bei ihren Dienststellen anwesenden Offiziere und Unteroffiziere durch Vorkriegsamtstellen - oder wenn sie nach Aufhebung ihrer Kriegsdienststelle ihre neue Friedensstelle noch nicht kennen, ihrem früheren Friedens-General-Commando - Wohnort und gegebenenfalls Urlaubsbauern zu melden.

Diese Dienststellen fügen den Urlaub noch den Erfordernissen des Dienstes ab oder beschäftigen ihn. Wer bis

Ein Nachwort zur Konferenz der A- und S-Räte aus dem Bezirke Merseburg.

Die zwölftägigen Verhandlungen am 20. und 30. Januar in Halle haben den Beweis erbracht, daß die Anhängerschaft im Bezirk...

schlichen, daß in die Verwaltung der Gemeinde zu überführen oder ihrer Aufsicht zu unterstellen.

Der freie Gewerbe- und Handelsbetrieb darf nicht ausgegliedert werden. Das Gemeinwohlinteresse erfordert seine Erhaltung und Stärkung.

Bei Berechnung von Gemeindearbeiten und Leistungen sind in erster Linie die eingetragenen, selbstständigen Gewerbebetriebe, insbesondere auch Handwerker, zu berücksichtigen.

7. Finanzpolitik. Das lästlichste Finanzwesen ist nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit auszuwählen; Jede finanzielle Belastung des Lebensmittellagers ist abzulehnen.

Das bestehende System der Realsteuer ist einer Reform in dem Sinne zu unterliegen, daß diejenigen Gewerbebetriebe, deren Ertrag im wesentlichen aus der persönlichen Arbeit des Gewerbetreibenden beruht, entlastet, die Härten der Umsatzsteuer wie der Grund- und Gebäudesteuer beseitigt und die unbekannt gewordenen Grundbesitzer bekannt in härterer Maße zur Steuerleistung herangezogen werden.

Rücktransport der deutschen Gefangenen aus England.

Wesl., 31. Januar. Nach einer Verfügung der Regierung ist die Stadt Wetzlar als Sammelplatz zur ersten Aufnahme der aus England kommenden Zwillingen bestimmt.

Protest der badischen Landesversammlung.

Karlsruhe, 31. Januar. In der heutigen Sitzung der badischen versatzgebenden Landesversammlung wurde ein Antrag zur Beratung gestellt und einstimmig angenommen.

Der bayerische Landesoberste raten Kasse.

München, 31. Jan. Der Vollzugsausschuß des bayerischen Landesoberstenratens erstigt einen Aufruf an die bayerischen Soldaten, in dem der Grenzschutz im Osten als Organisierung einer weißen Garde bezeichnet wird.

Im Ehre und Recht.

Roman von Fr. Sembler. Romanbuch verdolmet. Ich erkenne die Unterschrift meines verstorbenen Gatten an, und hier... dabei entnahm sie ihrem vor ihr liegenden Portefeuille einen Laubendmarfstein...

räte und an die Reichsregierung die sofortige Einberufung eines Reichsrätekongresses der Soldaten verlangt, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Staatskanzler Renner über Deutsch-Oesterreichs Anschluß an Deutschland.

London, 31. Januar. (Reuters.) In einem Interview mit dem Vertreter der „Morning Post“ in Wien erklärte Staatskanzler Renner zur Frage der Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland, daß in Wien eine große Mehrheit für die Vereinigung sei und nur eine Minderheit dagegen, teils aus Liebe zur Stadt Wien, die sie nicht ihre Rolle als Hauptstadt des Reichs verlieren sehen möchten, teils aber aus besonderen wirtschaftlichen Interessen.

Streiklage in Oberschlesien.

Reuthen, 31. Januar. Die Streiklage in Oberschlesien hat in den letzten Tagen eine erhebliche Besserung erfahren. Während vorgestern auf der Ferdinandgrube noch 60 und gestern 16 Prozent ausständig waren, ist heute der Streik auf der genannten Grube und der Dheim-rube gänzlich erloschen.

Jerreführende Berichte.

London, 31. Januar. (Reuters.) Das Pressebureau ist bemüht, festzustellen, daß der in einigen Wätern erscheinende Bericht über die Verhandlungen auf der Friedenskonferenz bezüglich der Beziehungen über die englischen Kolonien und über die Größe des türkischen Reichs als fiktional und nichtig gehalten und völlig irreführend ist.

Vereinbarung der englischen Kriegsschulden.

London, 31. Januar. Die englische Regierung schlägt die Vereinbarung der gesamten Reichsschulden durch Kompensation der Schulden Englands, Kanadas, Australiens, Neuseelands und Südafrikas in eine einheitliche Anleihe mit einem Amortisationsfonds vor, wobei die Tilgung in längstens 70 Jahren in Aussicht genommen ist.

Aus der demokratischen Bewegung.

Eine demokratische Tagung in Erfurt.

Am Dienstag, 4. Februar, 11 Uhr vormittags, findet in Erfurt, „Haus Colnenhagen“ (gegenüber dem Bahnhof) eine gemeinsame demokratische Tagung der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialistischen Partei in Erfurt statt.

Der Wagemangel in den Bergbaubezirken.

Eine Folge der unerbittlich schmerzlichen Waffenstillstandsbedingungen, die unser tollendes Eisenbahnmittel in den besten Tagen verminagert, ist der gegenwärtig katastrophal auftretende Wagemangel in den Bergbaubezirken.

Im Ehre und Recht.

Seine Frau und seine Tochter fragten, was es denn im Schilde gegeben habe. Aber seiner Gemahlin gemäch, über Geschäfte auch mit Frau und Tochter nicht zu sprechen, sagte er nur, daß Stanislaus seines Dienstes entlassen sei, weil er sich einige Ungehörigkeiten habe zu Schulden kommen lassen.

Im Ehre und Recht.

„Was ich getan, habe ich zu Ihrer armen Mutter getan — dort mit Ihnen!“ Stanislaus sagte kein Wort zu erwidern und schlich wie ein gepregelter Hund zu Tür hinaus.



